

Peter Moser

Minarettinitiative und Regierungsratsersatzwahl

**Eine Analyse der Zürcher Resultate der Urnengänge vom
29.11.2009**

Drei eidgenössische Vorlagen und als Zugabe noch eine kantonalzürcherische Regierungsratsersatzwahl, die aufgrund des Rücktritts von Rita Fuhrer (SVP) notwendig wurde; ein politisch vielseitiger Sonntag also, denn meist finden kantonale Wahlen gesondert von Sachabstimmungen statt. Vielleicht die grösste Überraschung war das Resultat der Minarett-Initiative, die auch in der SVP nicht unumstritten war, und deren Annahme sich in den demoskopischen Befragungen im Vorfeld – gelinde gesagt – auch nicht abgezeichnet hatte. Sie war im Kanton Zürich mit einem Ja-Stimmenanteil von 52% knapp mehrheitsfähig. Die Stimmbeteiligung von 55% lag dabei klar über dem langjährigen Mittel von etwa 44%: Wie das die heftig geführte Diskussion im Vorfeld vermuten liess, mobilisierte die Initiative die Stimmbürgerschaft. Erwartungsgemäss fiel das Resultat der beiden anderen Abstimmungen aus: Die unumstrittene Spezialfinanzierung für den Luftverkehr wurde mit 69% Ja-Stimmen ebenso klar angenommen, wie das Verbot der Kriegsmaterialausfuhr abgelehnt wurde (34% Ja-Stimmen).

Keine Überraschung war auch das Resultat der Regierungsratsersatzwahlen. Ernst Stocker, der Kandidat der SVP distanzierte den Sozialdemokraten Daniel Jositsch mit einem Stimmenverhältnis von 53% zu 44% klar. Nur in den beiden Städten Zürich und Winterthur erhielt Jositsch mehr Stimmen als Stocker. Der bisherige Parteienproporz im Regierungsrat bleibt also gewahrt. Mit 45% war die Beteiligung allerdings geringer als bei den Abstimmungen. Rechnet man davon noch die mehrheitlich leeren (88%) ungültigen Stimmzettel ab, die keinerlei Einfluss auf das Resultat hatten, nahmen effektiv nur 38% an der Ersatzwahl teil.

In der folgenden Analyse konzentrieren wir uns aus naheliegenden Gründen auf die Minarettinitiative und die Regierungsratsersatzwahl. Die Basis sind wie immer die Abstimmungsergebnisse der Zürcher Gemeinden, die kombiniert mit weiteren gemeindebezogenen Daten eine erste Einschätzung der Frage nach der Haltung unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen zulassen.¹

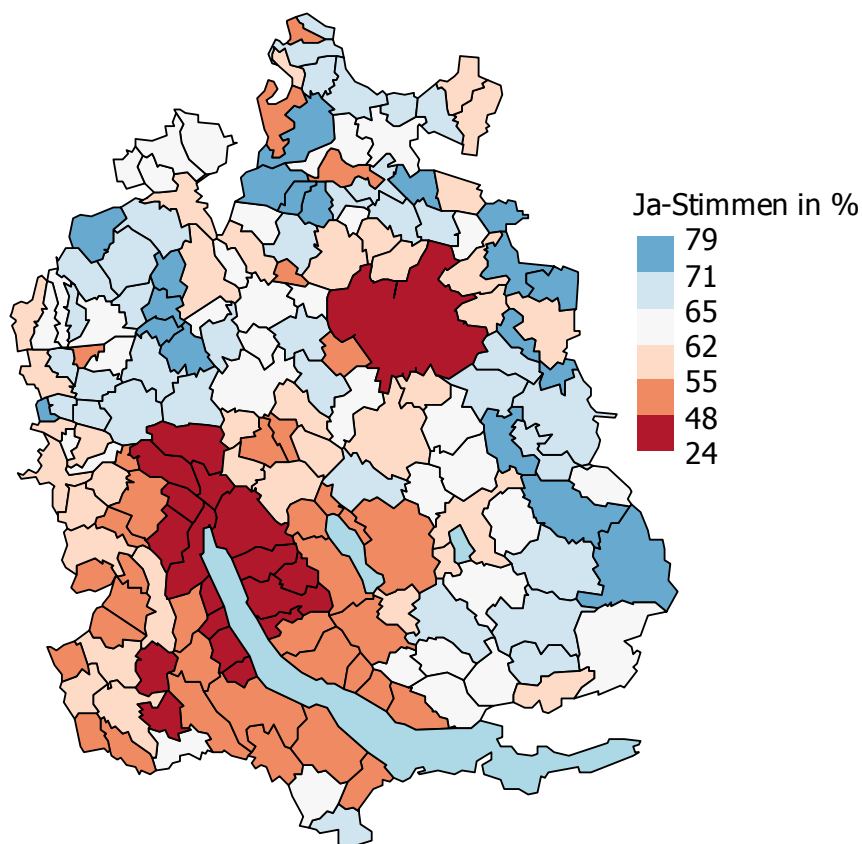
¹ Bei jeder, und damit auch dieser, Aggregatsdatenanalyse auf Gemeindeebene besteht die Gefahr, in die Falle der sogenannten "ecological fallacy", des ökologischen Fehlschlusses, zu tappen. Nur eine demosko-

Die Minarettinitiative zwischen ...

Die Differenz zwischen dem maximalen (Hagenbuch mit 79%) und dem minimalen Ja-Stimmenanteil im Kanton Zürich (Wahlkreis 4 + 5 in der Stadt Zürich mit 24%) ist mit 55 Prozentpunkten für eine eidgenössische Abstimmung unüblich hoch. Die starke Polarisierung, welche die Diskussion um diese Vorlage prägte, manifestiert sich also auch in den regionalen Zustimmungsunterschieden – was natürlich günstige Voraussetzungen für eine Aggregatsdatenanalyse schafft, welche Variabilität voraussetzt. Grafik 1 zeigt die regionale Verteilung der Ja-Stimmenanteile im Kanton. Wie ist dieses Muster zu erklären?

Grafik 1: Regionale Unterschiede in der Zustimmung zur Minarettinitiative

Kanton Zürich, Ja-Stimmenanteile in %



Die Farbabstufungen teilen den Wertebereich der Ja-Stimmenanteile in das 10-, 25-, 50-, 75-, und 90%-Quantil ein: D.h. jene zehn Prozent der Gemeinden und Stadtwahlkreise mit den niedrigsten Ja-Stimmenanteilen sind dunkelrot eingefärbt, weitere 15 Prozent mittelrot etc. Insgesamt befinden sich je etwa die Hälfte der Gemeinden im roten und im blauen Bereich. Das für die Analyse relevante geographische Verteilungsmuster ist in dieser Darstellung unabhängig vom allgemeinen Niveau der Zustimmung besonders gut zu erkennen.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

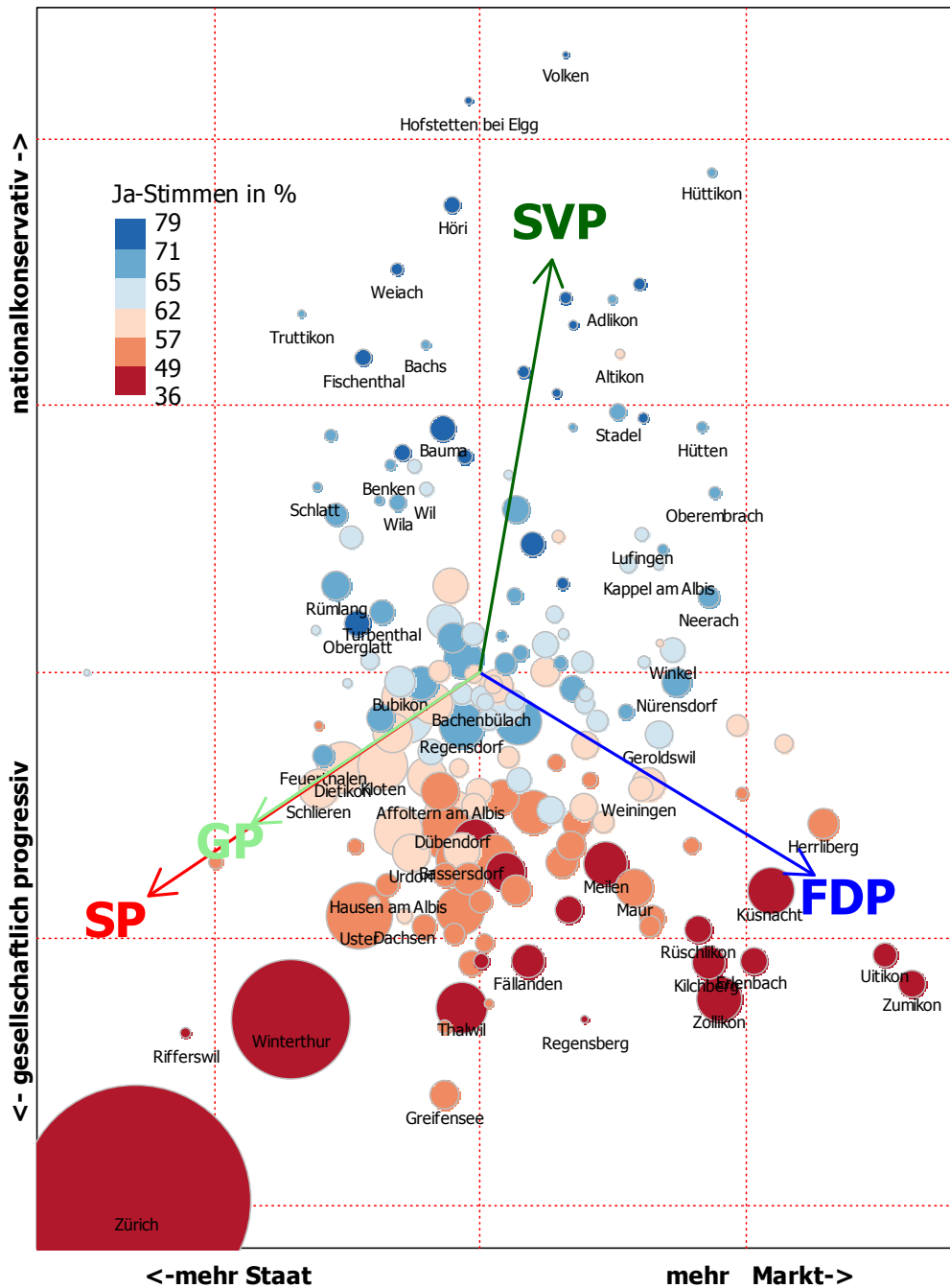
pische Nachbefragung kann zeigen, welche Stimmbürger ein Ja und welche ein Nein einlegten. Dennoch sind die Erkenntnisse einer Aggregatsdatenanalyse bis zum Widerruf brauchbar - wobei die Erfahrung lehrt, dass die Resultate der beiden Analysemethoden soweit vergleichbar meist übereinstimmen (siehe dazu auch die grundsätzlichen Ausführungen zu einem Vergleich von Aggregats- und Befragungsdaten am Beispiel der Ständeratswahlen 2007 in Moser 2008).

... Ideologie ...

Dass die politisch-ideologische Ausrichtung der Stimmbürgerschaften in den Gemeinden einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung der Zustimmung leistet, lehrt der Blick auf die "politische Landkarte", welche die Abstimmungsresultate der Vergangenheit auf ein zweidimensionales Koordinatensystem reduziert (Grafik 2).

Grafik 2: Minarettinitiative und politische Landschaft des Kantons Zürich

Resultat der Minarettinitiative (Blasenfärbung) und der Nationalratswahlen 2007 für die Parteien (zunehmender Wähleranteil in Pfeilrichtung). Grösse der Blasen proportional zur Zahl der Stimmberechtigten. Die Einzelheiten zu Motivation und Methode der politischen Landkarte finden sich in Moser 2005.



Zum Prinzip der Blasenfärbung: siehe Lesehilfe zu Grafik 1.
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich, Moser 2005

In dieser Darstellung verläuft der Gradient des Ja-Stimmenanteils ganz eindeutig entlang der vertikalen Achse. Mit anderen Worten: Die Initiative erreichte ihre höchsten Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden mit einer nationalkonservativen Stimmbürgerschaft, was bekanntermassen auch jene Gemeinden sind, in denen die SVP die dominierende Partei ist. Vergleichsweise niedrig waren die Ja-Stimmenanteile hingegen dort wo die SP stark ist, d.h. in den Städten, aber auch in den Hochburgen der FDP, d.h. entlang des (unteren) Zürichsees. Bei derart klaren Zusammenhängen auf Aggregats-ebene ist der Schluss auf den individuellen Abstimmungsentscheid der Parteigänger erfahrungsgemäss zulässig: Gemessen am kantonalen Durchschnittswert war die Zustimmung in der SP, bei den Grünen und in der FDP-Wählerschaft unterdurchschnittlich, bei der SVP-Wählerschaft überdurchschnittlich.

Dieser starke vertikale Gradient war angesichts der Parolen der Parteien zu erwarten. Absehbar war deswegen auch, dass der zweite ideologische Gegensatz, der die politische Landschaft des Kantons prägt, jener zwischen den "Markt-" und den "Staatsgläubigen", für einmal keine Rolle spielte. Die "rote" Stadt und die "liberale" Goldküste zeigen ein sehr ähnliches Abstimmungsverhalten. Das war – dies nur nebenbei - bei der Kriegsmaterialexportverbotsinitiative anders, die den Markt in diesem Bereich noch stärker eingeschränkt hätte, als er es ohnehin bereits ist.

... und Soziodemografie

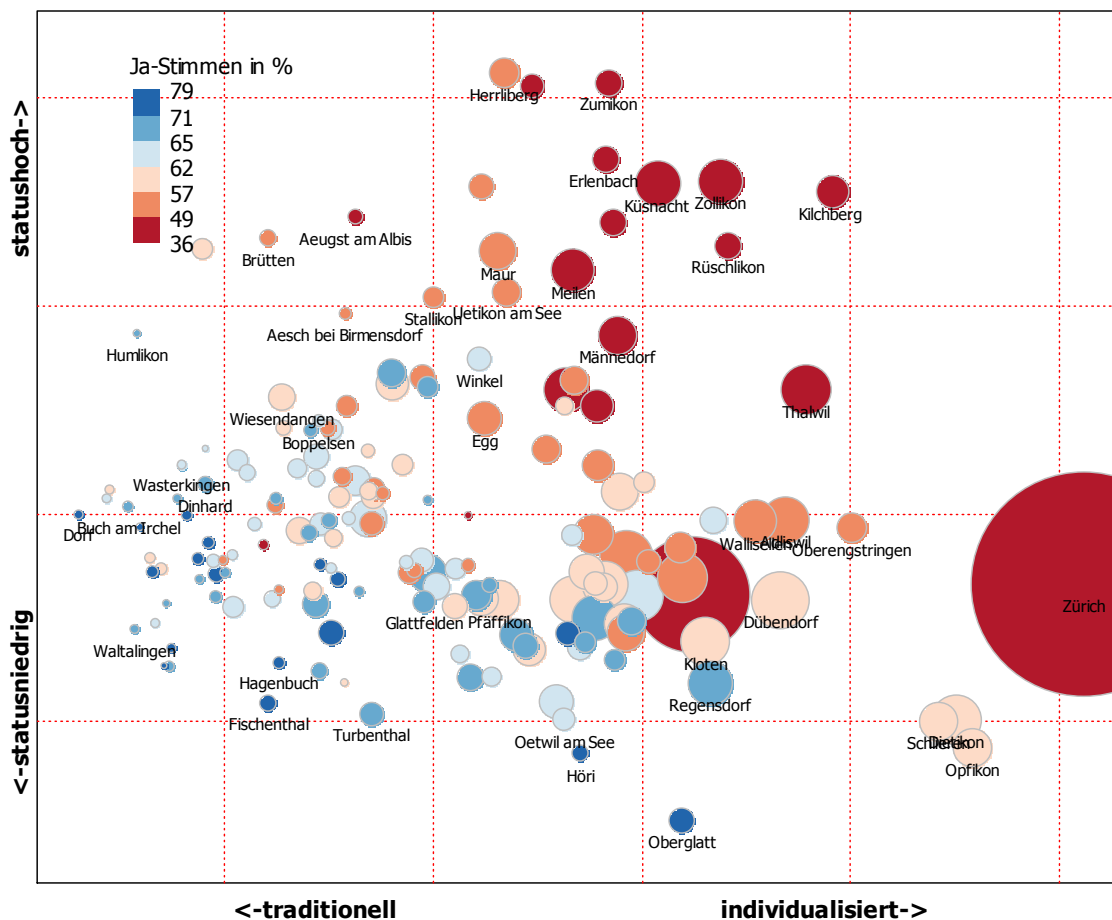
Die ideologisch-politischen Gegensätze sind das eine: Sie erklären diesmal aber nicht alles. Denn auch die sozialen Unterschiede im Kanton hatten einen wesentlichen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten. Um die soziodemografische Charakteristik der Gemeinden zu erfassen, verwenden wir ein einfaches, wie die politische Landkarte zweidimensionales Modell. Die eine der beiden Dimensionen (die horizontale Achse in Grafik 3) beschreibt den Individualisierungsgrad einer Gemeinde, d.h. sie spannt den Gegensatz zwischen modernen, individualisierten und eher traditionellen Lebensweisen auf und damit auch zwischen Stadt und Land auf – was in Grafik 3 ja auch klar ersichtlich ist. Die zweite (vertikale) Achse beschreibt den sozialen Status. Sie erfasst die Unterschiede in der Ausstattung mit materiellen Ressourcen (Einkommen) aber auch mit Humankapital, d.h. Bildung.² Grafik 3 verortet analog zur "politischen Landkarte" in Grafik 2 die Abstimmungsergebnisse in einer "soziodemografischen Landkarte".

Die Ja-Stimmenanteile nehmen, in der Diagonale, von rechts oben nach links unten zu. Das heisst, sie waren tendenziell in den urban-individualisierten und statushohen Gebieten (Städte Zürich und Winterthur, "Gold-" und "Pfnüselküste") am niedrigsten, am höchsten hingegen in den statusniedrigen und ländlich-traditionellen Gegenden an der Peripherie des Kantons.

² Die beiden Dimensionen beruhen auf einer sogenannten Hauptkomponentenanalyse wichtiger soziodemographischer Indikatoren, die auf Gemeindeebene im Jahresrhythmus und damit aktuell verfügbar sind. Die erste Hauptkomponente (Urbanität) fasst dabei Indikatoren wie die logarithmierte Bevölkerungsdichte, den Anteil der Einpersonenhaushalte (der Einfachheit halber Grundtarifbesteuerte gemäss Bundessteuerstatistik), den Ausländeranteil und den Anteil der Konfessionslosen zusammen. Auf der Statusachse "laden" Indikatoren für die Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen (Medianeinkommen gemäss Bundessteuerstatistik) und das Bildungsniveau der Bevölkerung. Letzteres messen wir mit dem Mittelschüleranteil, der wegen der starken intergenerationellen Vererbung von Bildung (vgl. dazu z.B. Riphahn und Bauer 2007 oder Joye et al. 2003) ein gutes Proxy für das Bildungsniveau einer Bevölkerung insgesamt darstellt. Diese beiden robusten und von einander statistisch unabhängigen Dimensionen (dafür sorgt das Hauptkomponentenverfahren) sind auch aus anderen Untersuchungen mit gleicher Stossrichtung bekannt. In der bekannten gesamtschweizerischen Sozialraumanalyse von Herrmann, Heye und Leuthold (2005), entsprechen sie der Individualisierungs- und der Statusdimension.

Grafik 3: Minarettinitiative und Soziodemografie des Kantons Zürich

Blasenfärbung: Resultat der Minarettinitiative. Grösse der Blasen proportional zur Zahl der Stimmberechtigten



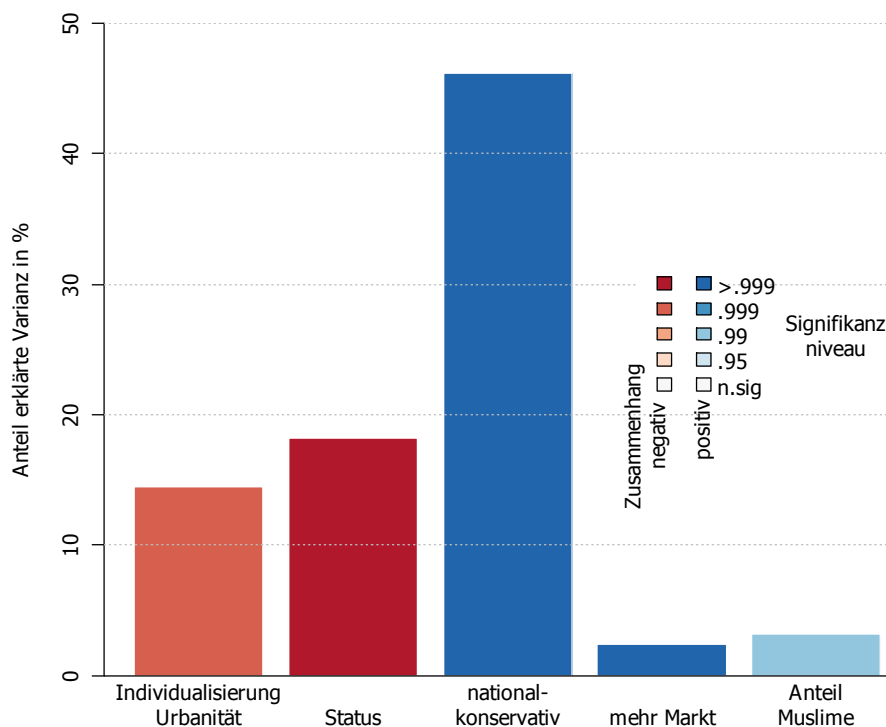
Zum Prinzip der Blasenfärbung: siehe Lesehilfe zu Grafik 1.
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Kombiniert man das soziodemografische mit dem politisch-ideologischen Modell, um die relative Bedeutung der kombinierten Einflussgrößen einzuschätzen (Grafik 4), so zeigt sich, dass zwar die Ideologie dominiert, dass aber auch die Soziodemografie, unabhängig davon eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. Ins Modell ebenfalls aufgenommen haben wir den Anteil der muslimischen Bevölkerung,³ um zu testen, ob der Kontakt mit dieser Bevölkerungsgruppe einen Einfluss auf die Zustimmung zur Minarettinitiative hat. Der Parameter ist zwar positiv und knapp signifikant, hat aber einen sehr geringen Effektgrösse, er erklärt nur etwa 3% der Gesamtvarianz. Mit anderen Worten: Ein höherer Muslimanteil scheint mit einer sehr geringfügig erhöhten Zustimmung zur Minarettinitiative ceteris paribus einherzugehen. Insgesamt erklärt das gesamte Modell rund 85% der Varianz des Ja-Stimmenanteils der Minarettinitiative – was ein sehr hoher Wert ist.

³ Gemäss Volkszählung 2000; aktuellere Zahlen sind leider nicht verfügbar.

Grafik 4: Die Zustimmung zur Minarettinitiative wird beeinflusst durch...

Resultat eines Regressionsmodells, n=171 Gemeinden des Kantons Zürich, insgesamt erklärte Varianz (R^2) = 85%



Lesehilfe: Die Höhe der Säulen beschreibt die relative Bedeutung der verschiedenen Einflussfaktoren in Prozent der zu erklärenden Gesamtvarianz der abhängigen Variable. Wir verwenden hier die sogenannte "Img"-Metrik als Mass für die Bedeutung der Variablen (Grömping 2007, 2009). Ein Regressionsmodell, das 100% der Varianz erklärt, würde eine perfekte Prognose der Gemeinderesultate ermöglichen. Die Farbe zeigt, ob der Zusammenhang positiv (blau: je mehr, desto mehr) oder negativ (je mehr, desto weniger) ist. Die Intensität der Farbgebung schliesslich veranschaulicht das Signifikanzniveau des Parameters im Regressionsmodell (siehe Legende).

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

Mobilisierungseffekt bei der Minarettinitiative wahrscheinlich

Im Vorfeld der Abstimmung wurde, wie regelmässig bei stark polarisierenden Vorlagen, auch über Mobilisierungseffekte spekuliert und für einmal lässt sich ein derartiger Effekt wohl tatsächlich auch nachweisen. Von einem Mobilisierungseffekt spricht man dann, wenn die Befürworter (oder Gegner) einer Vorlage allein durch ihre, verglichen mit dem Normalfall, erhöhte Teilnahme das Resultat einer Abstimmung in ihrem Sinne beeinflussen.

Um einen derartigen Effekt zu isolieren, kann man nicht einfach Stimmbeteiligung und Resultat in Beziehung zueinander setzen: im Wesentlichen soziodemografisch bedingte Unterschiede in der mehrjährigen durchschnittlichen Stimmbeteiligung zwischen den Gemeinden müssen berücksichtigt werden.⁴ Aussagekräftig ist ausschliesslich die Differenz der Stimmbeteiligung zu diesem "normalen" Beteiligungsniveau. Es lässt sich zeigen, dass in der Tat ein signifikanter Zusammenhang besteht zwischen dieser Differenz und dem Ja-Stimmenanteil für die Minarettinitiative, d.h. je mehr zusätzliche Leute am Sonntag abstimmen gingen, desto höher war der Ja-Stimmenanteil. Die Minarettinitia-

⁴ Diese Unterschiede lassen sich mit dem auf Seite 4 erläuterten soziodemografischen Modell gut erklären. Grundsätzlich ist die mittlere Stimmbeteiligung in individualisiert-urbanen und statusniedrigen Gegenden des Kantons gering, in den traditionell-ländlichen und statushohen dagegen hoch. Die beiden Dimensionen – Individualisierungsgrad und Status – unseres soziodemographischen Modells (siehe Fussnote 2) vermögen die Stimmbeteiligung gut zu erklären ($R^2=.61$).

tive scheint also vor allem ihre Befürworter mobilisiert zu haben. Dieser Effekt bleibt auch dann signifikant, wenn man die Faktoren, die gemäss dem in Grafik 4 dargestellten Modell einen Einfluss auf das Abstimmungsresultat haben, statistisch kontrolliert. Überschlagsmässig kann man sagen, dass sich pro vier Prozentpunkte zusätzliche Stimmbeteiligung der Ja-Stimmenanteil für die Minarettinitiative ceteris paribus um etwa einen Prozentpunkt erhöht.⁵ Das ist nicht gerade viel – aber nicht zu vernachlässigen.

Was bedeutet das Minarettverbot?

Die Zustimmung zu einer Initiative für einen Verfassungsparagraphen, der ein Symbol einer Religionsgemeinschaft betrifft und der sich für die allermeisten Stimmberechtigten nicht spürbar auswirkt, hat beinahe zwangsläufig den Charakter einer Ersatzhandlung: Man will damit etwas demonstrieren. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Was bedeutet die Annahme der Minarettinitiative? Welche Schlüsse lassen sich diesbezüglich aus unserer Analyse ziehen?

Von Bedeutung scheint, dass sich in den Zürcher Abstimmungsresultaten nicht nur, wie zu erwarten, auf der Wertebene eine Kluft zwischen den ideologischen Lagern manifestiert, sondern unabhängig davon auch eine solche zwischen den soziodemographischen Gruppen. Ein deutlicher Gegensatz besteht zwischen "Individualisierten" und "Traditionsverhafteten", was den Lebensstil angeht, insbesondere aber auch zwischen den mit materiellen und bildungsmässigen Ressourcen reichlich Gesegneten und jenen, die es weniger sind.

Man muss davon ausgehen, dass das Ja zur Minarettinitiative nicht zuletzt ein Denkzettel dieser weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen ans politische System ist. Die Verunsicherung, welche die Globalisierung und ihre Begleiterscheinungen, wie die Migration aus anderen Kulturkreisen, auslöst, wird als diffuse Bedrohung empfunden, der man sich ausgesetzt fühlt, weil man die mentalen und materiellen Ressourcen zu ihrer Bewältigung nicht hat. In der schweizerischen direkten Demokratie kann der Stimmbürger diesem Unbehagen am parlamentarischen, durch die gesellschaftlichen Eliten geprägten System vorbei Ausdruck verleihen, was in andern Ländern nicht möglich ist.⁶ Dass man dieses Unbehagen ernst nehmen sollte, macht nicht zuletzt der Mobilisierungseffekt, den die Minarettinitiative auslöste, deutlich.

⁵ Das Modell mit den unabhängigen Variablen gemäss Grafik 4 (ohne Muslimanteil) erklärt insgesamt 85% der Varianz. Die Differenz zwischen der durchschnittlichen Stimmbeteiligung 2006- September 2009 und der Beteiligung bei der Minarettvorlage ist auf dem 99%-Niveau signifikant und trägt rund 8 Prozentpunkte zu dieser erklärten Varianz bei.

⁶ Es ist vielleicht kein Zufall, dass sich in den letzten Jahren Erfolge von Volksinitiativen aus traditionalistisch-konservativen Kreisen an der Urne häufen, die vom politischen und medialen System beinahe unisono als chancenlos behandelt werden. Die Unverjährbarkeits- und die Verwahrungsinitiative sind mit der Minarettinitiative in diesem Sinne vergleichbar, auch wenn es dabei um ein Unbehagen gegenüber andersgearteten Bedrohungen geht.

Keine Überraschungen bei der Ersatzwahl in den Regierungsrat

Bereits unsere erste Hochrechnung um 12 Uhr liess keinerlei Zweifel mehr offen: Gegen den Wädenswiler Stadtpräsidenten Ernst Stocker, der den SVP-Sitz in der Regierung verteidigte, hatte sein Herausforderer, Nationalrat Daniel Jositsch von der SP keine reelle Chance. Die Tatsache, dass das Schlussresultat nur um wenige tausend Stimmen von der ersten publizierten Hochrechnung abwich, zeigt, dass das Wahlverhalten des Zürcher Stimmvolkes in diesem Fall primär parteipolitisch motiviert war, denn die Wahlergebnisse der Nationalratswahlen 2007 liegen der Hochrechnung zugrunde.

Diese Vermutung wird bestätigt, wenn man das Modell in Grafik 4 nicht auf die Abstimmungsresultate sondern auf die gemeindeweisen Stimmenanteile eines der beiden Kandidaten anwendet. Da es keinen relevanten dritten Kandidaten gab und der Anteil der Vereinzelteten gering blieb, kommt es nicht darauf an, welchen man nimmt. Die Stimmenanteile von Stocker und Jositsch ergänzen sich mehr oder weniger zu 100%. Einen signifikanten Einfluss auf das Resultat hatten einzig die beiden politisch-ideologischen Faktoren.⁷

Ein Modell des Wahlverhaltens der Parteiwählerschaften

Eine Diskussion dieses abstrakten Modells liefert im Fall einer Wahl kaum mehr als ohnehin offensichtliche Erkenntnisse. Viel interessanter sind Aussagen über das Verhalten der Parteiwählerschaften: Wer hat wen gewählt? Statistisch-formal gesprochen, wüssten wir gerne, wie die sogenannte Wählerwanderungsmatrix beschaffen ist. Sie würde zeigen, zu welchen Anteilen sich die Parteigänger auf die Kandidaten verteilen.

Am besten wäre es natürlich, wenn man die Stimmberechtigten in grosser Zahl befragen könnte. Da dies unseres Wissens nicht geplant ist, müssen wir mit den Gemeinderesultaten als Datenbasis vorlieb nehmen. Unsere Schätzung dieser Matrix für die Regierungsratsersatzwahlen beruht auf demselben ökologischen Inferenzverfahren⁸, welches wir bereits im Nachgang der beiden Ständeratswahlgänge 2007 (Moser 2007, Moser und Gysel 2007) verwendet und in (Moser 2008) für diesen Fall mit den Befragungsdaten der Nachwahlbefragung "selects" auch überprüft haben. In jenem Fall entsprachen sich die Resultate der Aggregats- und der Befragungsdatenanalyse weitgehend. Wir gehen deshalb davon aus, dass dieses Verfahren, wenn man die Resultate umsichtig interpretiert, d.h. die beträchtlichen Unsicherheiten berücksichtigt, die damit verbunden sind, valide Aussagen erlaubt. Wie bei jeder Analyse von Aggregatsdaten gilt natürlich auch hier, dass die Schlüsse nur qualitativer Natur sein können, d.h. sich auf ungefähre Grössenverhältnisse und grobe Tendenzen beziehen.

Auch für die Ersatzwahlen verwenden wir als Information über die Wählerzahlen im Kanton die Ergebnisse der Nationalratswahlen 2007. Sie sind zwar bereits einige Jahre alt, da die Zahl der Stimmberechtigten bei diesem Wahlgang aber fast genau dieselbe ist wie am 29.11.2009, ist die dem Modell zugrundeliegende Fiktion vertretbar, dass es

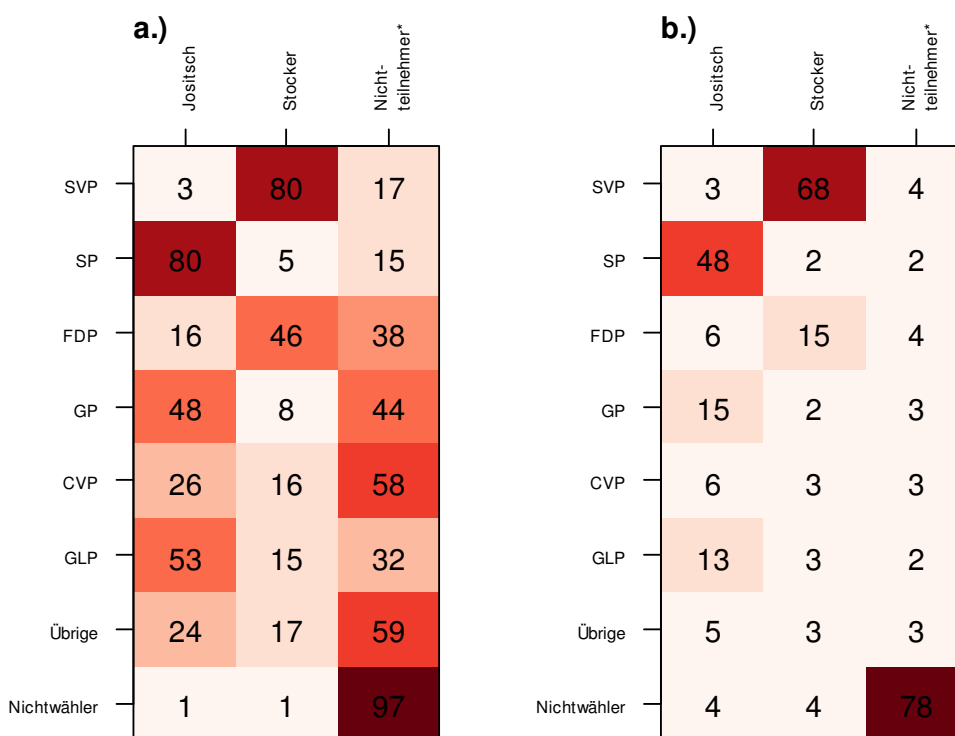
⁷ Das Modell erklärt insgesamt etwa 64% Prozent der Varianz des Stimmenanteils von Stocker.

⁸ Die Problematik der ökologischen Inferenz ist in Moser 2007 ausführlich beschrieben. Dort findet sich auch weitere Literatur. Die Übergangswahrscheinlichkeitsmatrix wird auf der Basis der 185 Gemeinde- und Wahlkreisergebnisse mittels eines sogenannten multinomialen Dirichlet-Modells mit der ei.MD.Bayes-Routine in R geschätzt (siehe dazu Rosen et al 2001). Die resultierende Tabelle ist im übrigen in dem Sinne "korrekt", als dass sie, als Markov-Übergangswahrscheinlichkeitsmatrix interpretiert, das proportional richtige Stimmenverhältnis bei den Ersatzwahlen reproduziert. Davon kann sich jeder selber überzeugen, indem er einen Vektor der Wählerzahlen der Parteien bei den Nationalratswahlen 2007 mit dieser Matrix multipliziert: Die Abweichung vom tatsächlichen Resultat beträgt bei Jositsch -0.79 bei Stocker -1.07 und bei den Nichtteilnehmern 1.86 Prozentpunkte.

sich um dieselben Wähler handelt.⁹ Wichtig ist natürlich, dass man auch die Nichtteilnehmer in die Analyse einbezieht. Bei den Ersatzwahlen fallen der Einfachheit halber darunter nicht nur jene, die gar nicht an die Urne gingen, sondern auch jene, die einen wirkungslosen, d.h. mehrheitlich, wie erwähnt, einen leeren Zettel einwarfen. Angesichts des geringen Anteils der "übrigen" von etwa 3% haben wir auch diese den Nichtteilnehmern zugeschlagen. Für eine derartig kleine Gruppe liessen sich ohnehin keine validen Aussagen machen, und das Resultat wird durch ihren expliziten Einbezug auch nicht verändert.¹⁰ Grafik 5 zeigt die Resultate dieser Modellierung in Matrix, bzw. Tabellenform.

Grafik 5: Wer wählte wen bei den Regierungsratsersatzwahlen?

Wählerwanderungsmatrizen in Zeilen- (a.) und Spaltenprozent (b.), n=185 Gemeinden und städtische Wahlkreise in Zürich und Winterthur, Zur Streuung der Wahlwahrscheinlichkeiten vgl. Grafik 6 im Anhang S. 12.



* zur Definition der Nichtteilnehmer, siehe Lauftext

Lesehilfe: Die Teilgrafik a.) zeigt, wie sich die Wählerschaften der Parteien auf die Kandidaten verteilen: 80% der SVP-Wähler in den Nationalratswahlen 2007 wählten am 29.11.2009 Stocker, 17% nahmen an der Wahl nicht teil oder legten keine gültige Stimme ein. Teilgrafik b.) zeigt dasselbe aus der Sicht der Kandidaten und entsprechend spaltenprozentuiert: Stocker erhielt gemäss unserem Modell 68% seiner Stimmen von seiner eigenen Partei, der SVP.

Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich

⁹ Bei den Ersatzwahlen waren es 844841, bei den Nationalratswahlen 844381.

¹⁰ Auch eine alternative Spezifikation des Modells, bei der die leeren Stimmen als zusätzliche Alternative explizit modelliert wurden, haben wir getestet. Sie zeigt einerseits, dass die Resultate in den beiden ersten Spalten (Jositsch und Stocker) davon nicht wesentlich beeinflusst werden, in diesem Sinne also robust sind gegenüber einer Erweiterung des Choice-Sets. Das Total der Nichtwähler in Grafik 4 verteilt sich zudem bei den Parteien etwa analog zur Gesamtproportion auf die "Leeren" und die echten "Nichtwähler". Ein wesentlicher Erkenntnisgewinn ist mit dieser alternativen Modellbildung also nicht verbunden.

Die bürgerliche Allianz funktioniert

Die zentralen stilisierten Fakten unseres Modells sind die folgenden: Die Wählerschaften der beiden Hausparteien der Kandidaten haben fast ausschliesslich ihren Kandidaten gewählt, und sie haben, wie die verhältnismässig niedrigen Nichtwähleranteile nahelegen, auch tatsächlich sehr diszipliniert an der Wahl teilgenommen.

Die Wählerschaft der FDP ist der Parole ihrer Partei diesmal klar mehrheitlich, d.h. zu etwa drei Vierteln gefolgt – zumindest soweit sie effektiv an der Wahl teilnahm. Denn bei der FDP dürfte ein erheblicher Teil, etwas weniger als die Hälfte, der Nationalratswählerschaft keinen oder einen ungültigen Wahlzettel eingelegt haben. Das Wahlverhalten der Grünen gleicht dem der FDP-Wählerschaft – mit dem Unterschied, dass sie natürlich mehrheitlich Daniel Jositsch und nicht Stocker gewählt haben. Bei der CVP und den "Übrigen" sind vor allem die hohen Abstinenzanteile auffällig. Bei diesen kleineren Parteien sind allerdings die Resultate des Analyseverfahrens mit einiger Vorsicht zu geniessen, da die Unsicherheit der Werte relativ gross ist (siehe Grafik 6 im Anhang S.12).¹¹

Unser formalisiertes statistisch fundiertes Modell liefert, weil es einerseits die Parteiwählerschaften nicht als monolithische Blöcke wahrnimmt und andererseits die in der journalistischen Berichterstattung gern vergessenen Nichtteilnehmer einbezieht, auch eine Erklärung für die, trotz der stark mobilisierenden Minarettinitiative relativ niedrige effektive Beteiligung an den Ersatzwahlen.¹² Es legt den Schluss nahe, dass das Interesse an diesen Ersatzwahlen sich auf die Parteigänger der SVP und der SP beschränkte. Von den Stimmen Stockers stammen mehr als 2/3 von der SVP, der wesentliche Rest von der FDP. Bei Jositsch ist die Streubreite etwas grösser, da bei ihm nur etwa die Hälfte der Stimmen von SP-Wählern stammte.

Kein Haloefekt der Minarettinitiative für Stocker

Bereits vor den Wahlen wurde da und dort gemutmasst, dass Ernst Stocker von der Mobilisierung von SVP- und anderen Rechtswählern durch die Minarettinitiative profitieren könnte. Unsere Abstimmungsanalyse hat gezeigt, dass eine Mobilisierung von Rechtswählern durch diese Vorlage plausibel ist. Ob dies allerdings Stocker genützt hat, ist fraglich. In unserem Wählerwanderungsmodell würde sich dies darin manifestieren, dass der Nichtteilnehmeranteil bei der SVP-Wählerschaft sehr niedrig sein müsste. Das ist er mit rund einem Fünftel zwar, aber er ist nicht niedriger als bei der SP. Eine zweite "Quelle" von Rechtswählern könnten die Nichtwähler der Nationalratswahlen 2007 sein – denn damals blieb gut die Hälfte der Wahlberechtigten der Urne fern. Stockers Wähleranteil in dieser Gruppe ist allerdings nicht höher als jener Jositschs. Auch eine alternative Route, die den Stimmenanteil Stockers mit demselben Modell wie bei der Minarettinitiative (S. 6) zu erklären versucht, zeigt, dass die Differenz zwischen Durchschnittsstimmbeteiligung und Partizipation bei der Minarettvorlage keinen signifikanten Einfluss auf das Resultat Stockers hat. Zusammengefasst bedeutet dies, dass die Hypothese, dass Stocker von dieser Gleichzeitigkeit profitiert hat, wohl verworfen werden muss.

¹¹ Auch dieses Inferenzverfahren nutzt letztlich die Varianz in den Aggregatsdaten – und wo die gering ist, wie bei den kleineren Parteien im Kanton Zürich, sind auch keine schlüssigen Resultate zu erwarten. Aus diesem Grund sind die EDU, die EVP, die AL etc. auch zu den "Übrigen" zusammengefasst.

¹² Natürlich war die Beteiligung bei den kantonalen Wahlen der vergangenen Jahre noch einiges geringer (Kantonsratswahlen 2007: 34% Ersatzwahl Fierz 2006: 28%) Der Vergleich hinkt aber, weil an jenen Terminen keine eidgenössischen Vorlagen zur Abstimmung kamen. Normalerweise unterscheiden sich die kantonalen und eidgenössischen Stimmbeteiligungen von Abstimmungen am selben Termin nur unwesentlich.

Bei der SVP kommt es auf den Kandidaten an

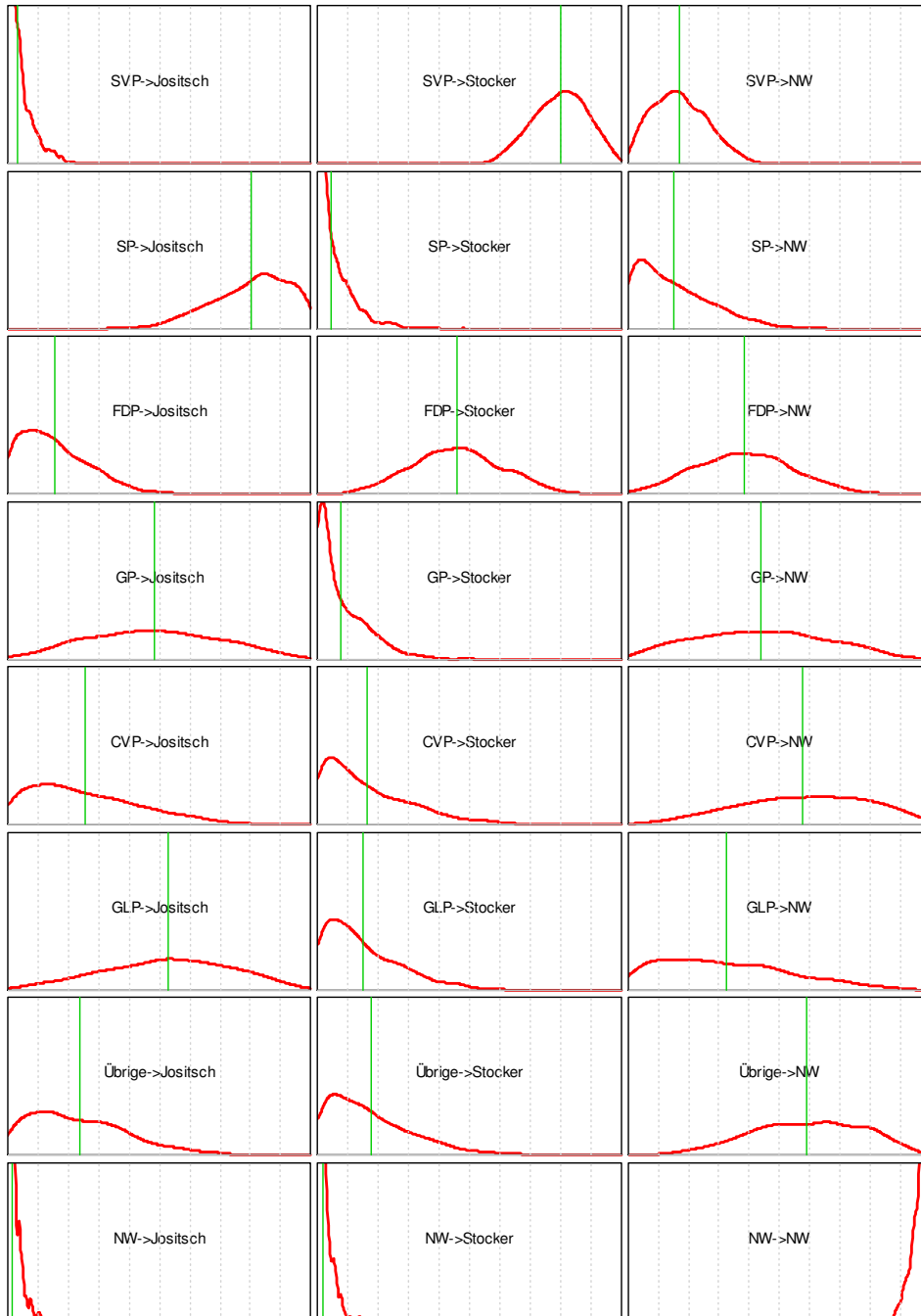
Der Vergleich mit der einigermaßen analogen Konstellation im zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen 2007, als Verena Diener und Ueli Maurer um den zweiten Ständeratssitz kämpften, ist aufschlussreich. Damals entschied sich gemäss unserer damaligen Analyse wahrscheinlich nur eine Minderheit der FDP-Wähler für den Parteipräsidenten und Parlamentarier Ueli Maurer (siehe Moser 2007, 2008). Er war in FDP-Kreisen als Vertreter der profilierten und mit der bürgerlichen Partnerpartei mitunter unzögerlich umgehenden, anti-elitären "neuen" Zürcher SVP für manche ein rotes Tuch.

Der traditionell-rechtsbürgerliche, ideologisch weniger scharfkantige Gemeindepräsident Stocker, den man wohl eher der "prä-blochischen" SVP, der behäbigen ehemaligen Bauern- und Gewerbe-Partei zuordnen würde, war hingegen für eine klare Mehrheit der FDP-Wählerschaft wählbar. Die Weichen für den Wahlerfolg der SVP in Majorzwahlen stellt, vielleicht mehr als bei anderen Parteien, die ideologische Einordnung des Kandidaten, weil davon wesentlich abhängt, ob die bürgerliche Wählerschaft, die numerisch im Prinzip eine Mehrheit im Kanton hat, geschlossen oder gespalten dahinter steht. Dass ein ziemlicher Teil der FDP-Wählerschaft im Sinne unserer Definition nicht an der Wahl teilnahm, war unerheblich, weil dasselbe auch für die Wahlteilnehmer jener Parteien (CVP und GLP) galt, die wahrscheinlich eine Präferenz zugunsten Daniel Jositschs aufwiesen.

Generell erhält man allerdings den Eindruck, dass diese Ersatzwahl ausserhalb der beiden "direktbetroffenen" Parteiwählerschaften wenig interessierte. Das geringe Interesse ist ein generelles Problem kantonaler Wahlen, die in den nationalen Medien weniger präsent sind als die National- und Ständeratswahlen. In diesem speziellen Fall dürfte aber auch eine Rolle gespielt haben, dass das Resultat angesichts der Tatsache, dass mit Stocker ein bürgerlicher, auch für FDP-Wähler akzeptabler Konsenskandidat antrat, letztlich ziemlich absehbar war. Darauf deutet auch die hohe Zahl der leeren Stimmzettel hin, ein Phänomen das meist diffusen Protestcharakter hat: Auf einem leeren Zettel steht etwas plakativ gesprochen: "Was soll's". Man kann sich allerdings fragen, ob allen Wählern die leer einlegten, klar war, dass dies eine ziemlich wirkungslose Art des Protests ist, weil die leeren Zettel das absolute Mehr, und damit die Wahrscheinlichkeit eines zweiten Wahlgangs mit allenfalls anderen Kandidierenden nicht erhöhen.

Anhang

Grafik 6: Die Variabilität der Parameter des Wahlwahrscheinlichkeitsmodells für die Regierungsratsersatzwahlen (Grafik 5)



Lesehilfe: Die Grafik zeigt die Verteilung (rot) und den Mittelwert (grün) der Schätzparameter auf der Grundlage einer MCMC-Simulation (Markov Chain Monte Carlo) in derselben Anordnung wie in Grafik 5. Je geringer die Streuung um den Mittelwert, der dem Tabellenwert in Grafik 5 entspricht, desto gesicherter die Übergangswahrscheinlichkeit. Es ist beispielsweise ziemlich sicher, dass die SVP-Wähler 2003 zu 89% dieses Jahr wiederum SVP gewählt haben (Spalte 1 - Zeile 1). Der Wert bei den Parteitreuen GP-Wählern (Spalte 4 – Zeile 4) von 38% ist dagegen deutlich unsicherer, weil die Verteilung viel flacher ist.
Grafik und Quelle: Statistisches Amt des Kantons Zürich.

Zitierte Literatur

Grömping Ulrike (2007). Estimators of Relative Importance in Linear Regression Based on Variance Decomposition. *The American Statistician* 61, 139-147.

Grömping Ulrike (2009). Variable Importance Assessment in Regression: Linear Regression Versus Random Forest. *The American Statistician* 63, 308-319.

Hermann Michael, Heye Corinna, Leuthold Heiri (2005). Soziokulturelle Unterschiede in der Schweiz - Vier Indizes zu räumlichen Disparitäten, 1990 – 2000. Bundesamt für Statistik. Neuenburg.

Joye Dominique, Bergman Manfred Max, Lambert Paul S. (2003). Intergenerational Educational and Social Mobility in Switzerland In: *Swiss Journal of Sociology*, Volume 29, Heft 2, Seite 263ff.

Moser Peter & Gysel Regula (2007). Ständeratswahlen und Flughafenabstimmungen im Kanton Zürich - Eine Kurzanalyse der Resultate (statistik.flash 11/07). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser Peter (2005). Politik im Kanton Zürich - eine Synthese. (statistik.info 15/2005) Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser Peter (2007). Die zürcherischen Ständeratswahlen 2007: eine Analyse des ersten Wahlgangs. (statistik.flash 08/2007). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Moser Peter (2008). Die Zürcher Ständeratswahlen 2007 – eine Nachlese. Aggregats- und Befragungsdaten im Vergleich. (statistik.info 04/08). Statistisches Amt des Kantons Zürich. Zürich.

Riphahn Regina und Bauer Philipp (2007). Intergenerationale Bildungs- und Einkommensmobilität in der Schweiz – ein Vergleich zwischen Schweizern und Migranten. *Die Volkswirtschaft* S. 18-21. Seco, Bern.

Rosen Ori, Jiang Wenxin, King Gary, Tanner Martin A. (2001). Bayesian and Frequentist Inference for Ecological Inference: The R x (C-1) Case.

Das Statistische Amt des Kantons Zürich ist das Kompetenzzentrum für Datenanalyse der kantonalen Verwaltung. In unserer Online-Publikationsreihe „statistik.info“ analysieren wir für ein breites interessiertes Publikum wesentliche soziale und wirtschaftliche Entwicklungen im Kanton und Wirtschaftsraum Zürich.

Unser monatlicher Newsletter „NewsStat“ und unser tagesaktueller RSS-Feed informieren Sie über unsere Neuerscheinungen in der Reihe „statistik.info“ sowie über die Neuigkeiten in unserem Webangebot.

Fragen, Anregungen, Kritik?

Dr. Peter Moser
Telefon: 044 225 12 35
E-Mail: peter.moser@statistik.ji.zh.ch

Statistisches Amt des Kantons Zürich
Bleicherweg 5
8090 Zürich

Telefon: 044 225 12 00
Fax: 044 225 12 99

E-Mail: datashop@statistik.zh.ch

www.statistik.zh.ch